

Basler Wahlfrühling 1976

Autor(en): Max Wullschleger

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1976

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/846513c6-0650-49c7-8e10-e06cfd2f66dd>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

Basler Wahlfrühling 1976

Max Wullschleger



Seitdem die Amtsdauer des Grossen Rates und des Regierungsrates von drei auf vier Jahre verlängert wurde – bis 1956 war die Amtsdauer drei Jahre – folgt der Basler Wahlfrühling immer auf den eidgenössischen Wahlherbst. Das bedeutet für die politischen Parteien praktisch ein ganzes Jahr Wahlkampf, allerdings mit den wohlthuenden Unterbrechungen der Weihnachtszeit und der Fasnachtswoche. Die eidgenössischen Wahlergebnisse werden dadurch immer zu einer Trendanzeige für die im Frühjahr stattfindenden kantonalen Wahlen. Doch hat gerade der Wahlfrühling 1976 einmal mehr bewiesen, dass die politischen Uhren Basels nicht unbedingt gleich gehen wie die eidgenössischen. Während die eidgenössischen Wahlen im Herbst 1975 einen ganz eindeutigen Linkstrend ergaben und die Sozialdemokratische Partei als grosse Mandatsgewinnerin daraus hervorging, ergaben die Frühjahrswahlen in Basel ein anderes Ergebnis. Gegenüber den Nationalratswahlen ging der prozentuale Stimmenanteil der Sozialdemokratischen Partei von 33,3% auf 28,3% zurück, während derjenige der Freisinnig-demokratischen Partei von 11,4% auf 12,1%, der Liberal-demokratischen Bürgerpartei von 11,6% auf 13,6%, der Christlichdemokratischen Volkspartei von 12,1 auf 12,3% zunahm. Die Sozialdemokraten gewannen zwar 3 Grossratsmandate, hätten sie ihren Stimmenanteil vom Herbst 1975 gehalten, so wäre ihr Mandatgewinn bei 10 gelegen. Jetzt aber wurden die Freisinnigen Hauptgewinner, indem sie ihre Mandatszahl um 5 vergrössern konnten und damit ihre schweren Verluste der Wahlen von 1968 und 1972 teilweise ausglich.

Der Kampf um die Grossratsitze

Die Veröffentlichung der «Zielvorstellungen Basel 1975 und 1976» hatte einen wesentlichen Einfluss auf die Wahlpropaganda der Parteien, denn diese Zielvorstellungen des Regierungsrates waren in der Öffentlichkeit positiv aufgenommen worden. So beschäftigte sich die Wahlpropaganda fast aller Parteien mit den in den Zielvorstellungen aufgezeigten Strukturproblemen unseres kleinen Stadtstaates. Daneben spielte die Wirtschaftskrise mit der Arbeitslosigkeit eine Rolle und je nach dem Standort einer Partei wurden daraus bestimmte Forderungen abgeleitet. Eigentliche «heisse» Themen waren aber kaum im Wahlkampf aufgetaucht, jedenfalls nicht solche, welche eine spürbare politische Wirkung erzielten. Es war deshalb nicht verwunderlich, dass die vier Parteien, welche in der Regierung vertreten sind und die Regierungsverantwortung tragen, ihre Position im Grossen Rat nicht nur halten, sondern verstärken konnten. So verfügen die vier Regierungsparteien – Sozialdemokratische Partei, Freisinnig-demokratische Partei, Liberal-demokratische Bürgerpartei und Christlichsoziale Volkspartei – im 130 Mitglieder zählenden Grossen Rat über 92 Sitze. Sie haben gegenüber 1972 6 Mandate gewonnen. An den Massstäben der parlamentarischen Demokratie gemessen, ist das eine sehr starke Mehrheit, die jede Hoffnung auf einen «Regierungssturz» ad absurdum führen muss. Doch wir haben das System der direkten Demokratie. Der Grosse Rat kann die Regierung sowieso nicht stürzen, da sie direkt durch das Volk gewählt ist. Andererseits darf diese starke Regierungsmehrheit auch nicht überbewertet werden, denn in allen Sachfragen

hat das Volk durch das Referendum und die Initiative das letzte Wort. Regierung und Grosser Rat sind also immer auf die Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten angewiesen.

Im Ganzen gesehen haben auf der andern Seite die «Oppositionsparteien» etwas Haare lassen müssen, doch in bescheidenem Ausmass und ganz unterschiedlich. Die Vereinigung evangelischer Wähler behielt ihre 6 Mandate, die Partei der Arbeit ging von 9 auf 8 Mandate zurück, die Nationale Aktion von 10 auf 9, während die Progressiven Organisationen ihre Mandatszahl von 5 auf 7 erhöhten. Der eigentliche Verlierer unter den «Oppositionsparteien» ist der Landesring der Unabhängigen, welcher sich auf einer rasanten Talfahrt befindet. Verfügte dieser bei den Wahlen 1968 noch über 19 Mandate und war er damals noch gleich stark wie die einzelnen bürgerlichen Regierungsparteien, so ging er 1972 auf 12 Mandate und 1976 auf 8 Mandate zurück. Sonst aber haben die Grossratswahlen keinerlei politischen Erdrutsch gebracht und die bestehenden politischen Kräfteverhältnisse bestätigt.

Ein spannender Kampf um einen Regierungssitz

Während der Kampf um die Verteilung der Grossratssitze keine grossen Wellen warf, kam es um ein Regierungsmandat zu heftigen Auseinandersetzungen. Infolge zweier Rücktritte waren zwei Regierungsmandate neu zu vergeben. Bei den Demissionären handelte es sich um Sozialdemokraten. Die drei bürgerlichen Regierungsparteien erklärten von Anfang an, dass die Dreiervertretung der Sozialdemokratischen Partei nicht angefochten werde. Sie selbst stell-

ten ihre bisherigen vier Vertreter in der Regierung (2 Freisinnige, 1 Liberaler, 1 Christlichsozialer) auf einer gemeinsamen Liste zur Wiederwahl. Somit richtete sich das Interesse vorerst auf die Kandidatenauswahl innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. In deren Quartiervereinen wurden Kandidaten aufgestellt und schliesslich die Wahl an einer kantonalen Delegiertenversammlung vorgenommen. Aus dem breit angelegten Wahlverfahren gingen schliesslich hervor: Helmut Hubacher, Sekretär des Kantonalen Gewerkschaftskartells, Nationalrat und Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, und Karl Schnyder, Sekretär des Verbandes öffentlicher Dienste in Basel, langjähriger Grossrat und Präsident der grossrätlichen Rechnungskommission, seit Herbst 1975 ebenfalls Nationalrat. Dr. H. R. Schmid, Vorsteher des Kantonalen Arbeitsamtes und Grossrat, Carl Miville, Präsident der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt und Grossrat, Felix Mattmüller, ehemaliger «wilder» Regierungsratskandidat von 1972, Rektor der Sonderschulen, sowie Alice Veith unterlagen an der Delegiertenversammlung deutlich.

Die Kandidatur von Karl Schnyder war in der Öffentlichkeit unbestritten, hingegen machte sich bald eine heftige Opposition gegen die Kandidatur von Helmut Hubacher bemerkbar. Ein Komitee aus verschiedenen Persönlichkeiten führte die Kampagne gegen ihn und sprach ihm die für das Regierungsamt notwendigen Eigenschaften ab. Daneben griff in Zeitungsinserten ein Anwalt Hubacher an wegen Vorgängen aus dessen journalistischer Vergangenheit.

Der erste Wahlgang brachte vorerst eine



glänzende Bestätigung der bisherigen Regierungsmannschaft, wurden doch alle bisherigen fünf Regierungsräte mit deutlicher Überschreitung des erforderlichen absoluten Mehrs wiedergewählt. Karl Schnyder erzielte ebenfalls mit über 31000 Stimmen ein gutes Resultat, blieb aber mit wenigen Stimmen unter dem absoluten Mehr und musste in den zweiten Wahlkampf steigen. Helmut Hubacher wies einen deutlichen Rückstand von 5000 Stimmen zu Schnyder auf.

Sofort wurde zu Beginn des Kampfes für den zweiten Wahlgang vom genannten Komitee ein Gegenkandidat zu Hubacher aufgestellt, und zwar in der Person von Dr. H. R. Schmid und mit der Begründung,

durch die Aufstellung dieses Kandidaten werde der Dreieranspruch der Sozialdemokraten nicht bestritten und dem Wähler werde die Chance einer freien Wahl zwischen zwei Sozialdemokraten geboten. Die Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei reagierte darauf sofort mit dem Parteiausschluss von Dr. Schmid und nahm damit bewusst das Risiko in Kauf, einen Regierungsratssitz zu verlieren.

Das Resultat des zweiten Wahlgangs liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Schnyder wurde mit 37008 Stimmen, Schmid mit 22400 Stimmen gewählt, während Hubacher mit 19424 Stimmen unterlag. Wenn man berücksichtigt, dass Hu-



bacher fünf Monate vorher bei den Nationalratswahlen 29698 Stimmen erzielte, d.h. mit der höchsten Stimmenzahl aller Kandidaten gewählt wurde – er vermochte sogar den bisherigen Spitzenkandidaten Dr. A. Gerwig zu überrunden – so ist dieser Misserfolg bei den Regierungsratswahlen eine wirkliche Überraschung. Sicher ist er zu einem Teil auf die Anti-Hubacher-Kampagne zurückzuführen, doch eben nur zu einem Teil. Der Umschwung in der Wählerschaft fand schon während des ersten Wahlgangs statt, als Hubacher erklärte, er werde im Falle seiner Wahl zum Regierungsrat das Polizeidepartement übernehmen und dann könne er seine eidgenössischen Ämter – Nationalrat und

Spannende Stunden im Kampf um einen Regierungssitz. Links Blick in die Menge, die sich nach der Dislokation aus der Safran-Zunft im Gundeldinger-Casino eingefunden hatte, rechts Blick auf das stimmungsvolle Podium, wo unter der Gesprächsleitung von Albin Breitenmoser die Konfrontation Helmut Hubacher – Dr. Bernhard Gelzer stattfand.

Präsident der SPS – behalten und weiter ausüben. Ganz abgesehen davon, dass diese Erklärung den falschen Eindruck erweckte, es sei möglich, das Polizeidepartement sozusagen mit der linken Hand zu leiten, hatten zwei Basler Regierungsräte vier Jahre vorher ihre Nationalratsmandate verloren, weil die Wähler unter dem Eindruck standen, es würden zu viele Regierungsräte und zu lange Zeit in Bern statt

in Basel sein. Die Erklärung Hubachers ging somit vollständig an den politischen Realitäten vorbei. Wie weit ihm dann der eilige Parteiausschluss von Dr. Schmid auch noch geschadet hat, ist schwer abzuschätzen. Sicher ist, dass viele nicht parteigebundene Wähler den Eindruck bekamen, man wolle ihnen von der Partei aus vorschreiben, welchen Kandidaten sie zu wählen haben. In den letzten Jahren ist die Parteidisziplin der Wähler sowieso stark zurückgegangen – nicht nur in Basel – und man verlangt immer wieder, dass dem Wähler eine Alternative geboten werde.

Regierungsratswahlen sind Persönlichkeitswahlen! Sie finden in Basel nach dem Majorz statt, d.h. der Gewählte muss die Hälfte aller abgegebenen Stimmen plus eine Stimme auf sich vereinigen. Praktisch bedeutet dies, dass keine Partei in der Lage ist, ihre Kandidaten für den Regierungsrat nur mit den eigenen Parteiwählern durchzubringen, denn keine Partei verfügt über eine absolute Mehrheit. Was sich im Basler Wahlfrühling ereignet hat, ist durchaus nichts Neues. Vor 14 Jahren wurde bei einer Ersatzwahl in den Regierungsrat der von der CVP vorgeschlagene kantonale Parteipräsident nicht gewählt, sondern ein anderes CVP-Mitglied, welches von einem Komitee portiert worden war. Allerdings hatte im Unterschied zur SP die CVP nicht auf das Regierungsmandat verzichtet, sondern sich mit dem Entscheid der Wähler abgefunden und den Gewählten schliesslich als ihren Vertreter anerkannt.

Die Sozialdemokratische Partei ist in Basel seit über 70 Jahren in der Regierung vertreten. Sie errang sogar im Jahre 1935 die

absolute Mehrheit mit vier Regierungsräten. Diese Mehrheit ging verloren, als der für den verstorbenen Regierungsrat Dr. Fritz Hauser im Jahre 1941 gewählte Dr. Carl Miville im Jahre 1944 zur neu gegründeten Kommunistischen Partei der Arbeit wechselte. Die PdA war aber nur bis 1950 in der Regierung vertreten, seither bestand diese aus vier Bürgerlichen und drei Sozialdemokraten. Jedenfalls trägt die Sozialdemokratische Partei in Basel ein sehr hohes Mass an Regierungsverantwortung, obwohl man während des Wahlfrühlings 1976 den Eindruck erhalten konnte, die Partei möchte sich am liebsten dieser Verantwortung entziehen und in den Jungbrunnen der Opposition zurückkehren. Nun, in Basel scheint das Dasein der Opposition nicht gerade ein Jungbrunnen zu sein, wie man am Schicksal des Landesrings und der PdA nur zu deutlich ablesen kann. Das ist übrigens eine eidgenössische Erfahrung, die aber in Basel noch stärker in Erscheinung tritt. Unser Stadtstaat, der auf kleinstem Territorium zusammengedrängt ist, jedoch über eine sehr grosse wirtschaftliche und kulturelle Aktivität verfügt, hat ganz spezifische Strukturprobleme. Keine der politischen Parteien verfügt allein über das Rezept und die Möglichkeiten, diese Probleme zu lösen. Dazu bedarf es der Bereitschaft zu einem hohen Mass der Zusammenarbeit. Mir scheint, dass im Wahlfrühling 1976 die Wählerschaft dem Regierungsrat und dem Grosse Rat den eindeutigen Auftrag erteilt hat, diese positive Zusammenarbeit für den Stadtkanton Basel und seine Bevölkerung fortzusetzen.